Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Pistorius macht Munitionsproduktion zur Chefsache
2. Steuertricks kosten Deutschland 26 Milliarden Dollar
3. Denn sie wissen nicht, was Krieg bedeutet
4. Noch vier Jahre Krieg?
5. Wie Klimawandel die soziale Ungleichheit verschärft
6. Falsche Klima-Zahlen: ZDF gibt nach IPPEN-Recherche Fehler in Wissenschaftssendung zu
7. In den USA droht der teuerste Streik aller Zeiten
8. China will Wind- und Solarkapazität in drei Jahren verdoppeln
9. Reportage über die Macht des Weltwirtschaftsforums von Klaus Schwab
10. Folgen des Wahlpatts in Spanien – Gefährliche Spaltung
11. Rächer des Tages: Alexander Graf Lambsdorff
12. Brief aus Moskau – heute zu Macht und Moral
13. Datenleck bei Bonify – Wie kreditwürdig ist der Nachbar?
14. “Das ist das Elend eines Abnutzungskrieges”
15. Justizreform in Israel – “Wie ein Staatsstreich von oben”

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Pistorius macht Munitionsproduktion zur Chefsache**
   In der Ukraine wird die Artilleriemunition knapp, im Westen sind die Bestände weitgehend leer. Verteidigungsminister Pistorius will nach SPIEGEL-Informationen nun 20 Milliarden Euro für die Produktion bereitstellen.
   Bei der Bundeswehr ist der Mangel an Artilleriemunition seit Jahren Normalität. Derzeit verfügt die Truppe zwar über eine erkleckliche Anzahl einsatzbereiter Artilleriesysteme vom Typ Panzerhaubitze2000, von denen im laufenden Jahr bereits 14 an die Ukraine abgegeben wurden. Die Geschosse dafür sind allerdings so rar, dass die Artillerieschützen an der Heimatfront nur selten mit scharfen Granaten trainieren dürfen. […]
   Deswegen habe die nachhaltige Beschaffung von Geschossen für ihn »oberste

Priorität«, sagte Pistorius. »Bis 2031 müssen und wollen wir deutlich über 20 Milliarden Euro in Munition investieren.« […]
Der Weg bis zu einem Bestand von 230.000 Schuss aber ist noch weit, was derzeit vor allem für die ukrainischen Soldaten ein Problem ist. Denn deren Bestände leeren sich, auch weil Deutschland nicht in dem Maße liefern kann, wie Geschosse verfeuert werden. »Die Ukrainer brauchen rund eine Million Stück«, sagt Armin Papperger, der Vorstandschef des Düsseldorfer Rüstungskonzerns Rheinmetall.
Der 60-jährige Manager ärgert sich zwar über die Versäumnisse der Vergangenheit, will nun aber in die Zukunft blicken. »Schon im kommenden Jahr wollen wir die Kurve hinkriegen«, sagt er. Es solle dann mehr Munition hergestellt werden, als in der Ukraine verbraucht werde. »Wir werden unsere Jahresproduktion auf 600.000 Stück hochschrauben«, sagt er. Damit würde allein sein Unternehmen 60 Prozent der benötigten Menge herstellen.
Quelle: SPIEGEL

Anmerkung Jens Berger: *Diese Zahlen verwirren. Zunächst wird die künftige Munitionslieferung an die Bundeswehr in der Größenordnung von 230.000 als schwer erreichbares Ziel geschildert und dann sind plötzlich 600.000 für die Ukraine kein Problem. Hauptsache der Krieg geht weiter. Der Steuerzahler zahlt, bei Rheinmetall knallen die Korken und Ukrainer und Russen sterben an der Front. Und dafür zahlen „wir" dann 20 Milliarden Euro, während hierzulande die Kinderarmut grassiert, die Infrastruktur verlottert und das Gesundheitssystem kollabiert.*

dazu: **Milliardenmunition**
Der Verteidigungsminister möchte sage und schreibe 20 Milliarden Euro für Munition ausgeben. Das ist nicht mehr und nicht weniger als eine sozialpolitische Streubombe. Ein Kommentar.
Boris Pistorius erklärte heute die »oberste Priorität« bis 2031: Munition! Und zwar reichlich. Weil: »Ohne Munition nutzen die modernsten Waffensysteme nichts.« Die Einschätzung mag richtig sein; von nichts kommt nichts, sagt der Volksmund – verschweigt aber, dass man aus dem Nichts durchaus Minister werden und somit zu etwas kommen kann.
20.000.000.000 Euro benötigt der Verteidigungsminister dazu. In der Zeitenwende gilt die eben erwähnte Redewendung ohnehin nicht. Geld ist immer da. Für Rüstung, für militärische Ausstattung – für Munition. Das schützt uns nämlich alle, wenn wir vor moribunder Infrastruktur stehen oder im Krankenhaus sieben bis zehn Stunden in der Notaufnahme auf einen überforderten Assistenzarzt warten.
Quelle: Roberto Delapuente auf Overton

2. **Steuertricks kosten Deutschland 26 Milliarden Dollar**
   Superreiche und Konzerne wissen, wie sie clever Geld verschieben. Stärker als die Bundesrepublik leiden unter Steuerflucht jedoch andere Länder.
   Der Kampf der Regierungen gegen Steuerflucht ist nicht so erfolgreich wie gedacht – das ist zumindest die Botschaft des Jahresberichts des "Tax Justice Network". Die britische Nichtregierungsorganisation fordert strengere Steuergesetze für Konzerne und Vermögende. Weltweit versuchen zwar derzeit 138 Staaten in einer historischen Reform, Steuertricks international zu erschweren. Das Tax Justice Network hält dieses Vorgehen aber für viel zu lasch. Gerade ärmere Länder würden trotz der internationalen Beschlüsse in den kommenden Jahren weiter viel Geld an Steueroasen verlieren, warnt die Organisation.
   Für die Bundesrepublik beziffert das Tax Justice Network den Schaden durch Steuertricks im Vorjahr auf 26 Milliarden Dollar. Um die Zahlen für alle Länder weltweit vergleichbar zu machen, sind die Angaben in Dollar. 26 Milliarden Dollar sind nicht nichts, aber große Sprünge sind damit auch nicht zu machen. Hätte der deutsche Staat es geschafft, ausnahmslos alle Steuertricks zu unterbinden, wären die gesamten Einnahmen des Staats um rund ein Prozent gestiegen.
   Am stärksten treffen dem Tax Justice Network zufolge Steuertricks von Konzernen die deutsche Staatskasse, 16 Milliarden Dollar gehen darauf zurück. Die restlichen zehn Milliarden entgehen dem Staat demnach durch versteckte Ersparnisse von Superreichen.
   Quelle: Süddeutsche Zeitung

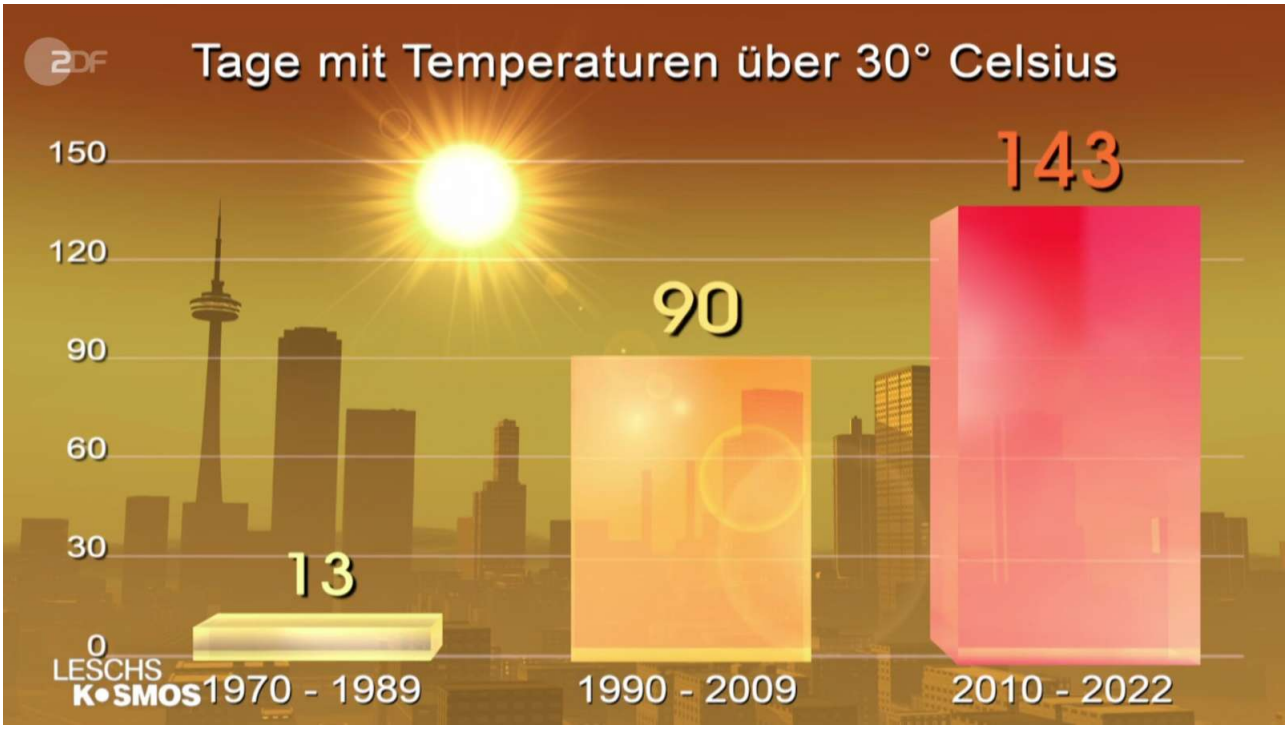
   dazu: **World to lose $4.7 trillion to tax havens over next decade unless UN tax convention adopted, countries warned**
   Countries are on course to lose nearly US$5 trillion in tax to multinational corporations and wealthy individuals using tax havens to underpay tax over the next 10 years, the Tax Justice Network warns. The future losses of public money would be equivalent to losing a year of worldwide spending on public health. Campaigners are urging countries to vote this winter in favour of beginning negotiations on a UN tax convention at the UN General Assembly to avert the astronomic losses.
   "Countries have a choice to make at the UN this year end. Forfeit our future now by staying the course, or democratise global tax rules so we can hold on to the public money we need for the challenges ahead," said Alex Cobham, chief executive at the Tax Justice Network.
   The State of Tax Justice 2023 published today by the Tax Justice Network reports that countries around the world are losing US$472 billion in tax a year to global tax abuse.1 Of this annual loss, US$301 billion is lost to multinational corporations

shifting profit into tax havens and US$171 billion is lost to wealthy individuals hiding wealth offshore.
Quelle: Tax Justice Network

3. **Denn sie wissen nicht, was Krieg bedeutet**
   Ukraine-Krieg: Wie viel Brutalität und Härten sind der Öffentlichkeit zuzumuten? Über einen blinden Fleck in der Debatte. Ein Einwurf.
   Alle schreiben und reden vom Ukraine-Krieg, aber es gibt einen blinden Fleck: Die große Öffentlichkeit bleibt weitgehend von Brutalitäten verschont. Bilder, die Grausamkeiten in ihrer Entsetzlichkeit dokumentieren, bleiben Sparten-Kanälen überlassen.
   Und spärlich, wenn sie überhaupt in Debatten auftauchen, sind Aussagen und Texte, die Handlungen, die im Krieg begangen werden, und deren dramatische Folgen für Freunde, Liebende und Angehörige in einer Weise schildern, dass mit ihnen nicht einfach umgegangen werden kann.
   Heißt, dass sie nicht als "Kollateralschäden" des Kriegs verbucht werden können, ins statistische Nichts entlassen. Weil sie emotional derart aufrühren, dass sie Vernunft außer Kraft setzen, da sie dem Schmerz nicht gerecht werden kann. Die Vernunft kommt da nicht mit, Rationalität kann diese Tragik nicht auflösen.
   Seltene Ausnahmen sind Dokumentationen von Brutalitäten, die zu den Vorwürfen passen, die eine Kriegspartei als besonders übel und grausam herausstellen. Um Missverständnissen vorzubeugen: Es geht in diesem Beitrag nicht um Schuldfragen. Sondern darum, wie viel Kriegswirklichkeit der Öffentlichkeit zugemutet werden kann. Das ist offene Frage, deren Antworten sich in einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung ab- und ausarbeiten müssen.
   Quelle: Thomas Pany auf Telepolis
4. **Noch vier Jahre Krieg?**
   "Aus Sicht der EU rückt ein Frieden in der Ukraine in immer weitere Ferne. Der Außenbeauftragte Borrell macht schon militärische Pläne für vier weitere Kriegsjahre. Borrell sprach bei einem EU-Außenministertreffen in Brüssel von Militärhilfen in Höhe von „bis zu fünf Milliarden Euro im Jahr für die nächsten vier Jahre".
   Bei den neuen Hilfen gehe es um ein „stabiles Instrument", um die Ukraine nicht nur monatsweise militärisch zu unterstützen, sondern über mehrere Jahre hinweg.
   Das Geld soll weiter aus der sog. Friedensfazilität kommen, die die EU seit Kriegsbeginn zweckentfremdet als Kriegskasse nutzt. Ursprünglich enthielt sie nur insgesamt 5,6 Mrd. Euro.
   Quelle: Lost in Europe
5. **Wie Klimawandel die soziale Ungleichheit verschärft**

Der Klimawandel trifft alle Menschen – doch manche leiden stärker unter Hitze als andere. Besonders betroffen sind Ärmere, denn sie können sich schlechter schützen. Das könnte den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedrohen. […]
Erst seit kurzem hat die Politik das Thema im Blick. 2021 eine Studie im Auftrag des Sozialministeriums mit dem wegweisenden Titel: Folgekosten der Klimakrise: Warum sie die gesellschaftliche Ungleichheit verstärken. Denn diejenigen, die in sozio-ökonomisch schwierigen Verhältnissen leben, die also täglich sparen müssen, um über die Runden zu kommen, sind der Hitze durch ihre Lebensumstände am stärksten ausgesetzt.
Und das ist nicht nur für jede und jeden Einzelnen ein riesiges Problem, sondern bedroht letztendlich auch den Zusammenhalt unserer demokratischen Gesellschaft, warnt Garschagen: “”Die Schlüsselfrage für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wird diejenige sein, inwieweit wir Klimawandelanpassung als Gemeinschaftsaufgabe verstehen und deshalb auch über diese Maßnahmen den Abbau dieser Unterschiede mit anstreben.
Quelle: Tagesschau

6. **Falsche Klima-Zahlen: ZDF gibt nach IPPEN-Recherche Fehler in Wissenschaftssendung zu**
   Die ZDF-Sendung „Leschs Kosmos“ machte jüngst auf die Folgen des Klimawandels aufmerksam. Dabei stellte der Wissenschaftler Harald Lesch die Frage: „Gesundheitsrisiko Klimakrise – wie heiß ist zu heiß?“ Breiter wissenschaftlicher Konsens ist es, dass sich die Erde aufgrund des Klimawandels erwärmt – und das zusehends schwerwiegende Folgen für die Menschheit hat. Die Sendung hatte nur einen Haken: Die Zahlen, mit denen das ZDF operierte, hatten mit Wissenschaft recht wenig zu tun.



Laut Angaben des Umweltbundesamts nimmt die Zahl der „heißen Tage“ in Deutschland tatsächlich zu. Die Bundesbehörde beruft sich dabei auf Daten des Deutschen Wetterdiensts. Demnach gab es von 2010 bis 2022 143,38 solcher Tage. Also so, wie vom ZDF beschrieben.
Brisant: Für die beiden anderen Zeiträume ergeben sich gravierende Abweichungen. Nach IPPEN-Berechnungen, die uns der Deutsche Wetterdienst auf die Kommastelle genau bestätigt, gab es von 1970 bis 1989 83,34 und von 1990 bis 2009 151,44 „heiße Tage“. Das sind für den ersten Zeitraum 70 Tage mehr als angegeben, für den zweiten 61.
Quelle: